

## Bürgerinitiative Gesundheit und Klimaschutz Unterelbe/Brunsbüttel

Pressemitteilung vom 6. März 2011

Die BI stellt heute den Anachronismus rückwärts gewandter Energiepolitik mit ihrer Sägeaktion dar und freut sich darüber, dass sie dazu beigetragen hat, den Bau des KohleKW bereits um vier Jahre zu blockieren.

Symbolträchtiger für eine verfehlte Energiepolitik könnte der vorgesehene Bauplatz für das Kohlekraftwerk der SüdWestStrom (SWS) nicht gewählt sein: die vor einigen Jahren errichtete, erste 5 Megawatt starke und für den Offshore-Einsatz konstruierte Windkraftanlage müsste abgerissen werden.

Wir glauben den Beteuerungen der Landesregierung Schleswig-Holstein nicht mehr, wenn sie beteuert, sie setze sich für Klimaschutz und erneuerbare Energien ein.

Wie kann sie dann die 1. Teilgenehmigung erteilen, wenn

- mit der ungenutzten Wärme ganz Berlin beheizt werden könnte
- der CO<sub>2</sub>-Ausstoß in SH glatt um 50 % erhöht wird (trotz anders lautender Zahlen der Umweltministerin)
- die Gesundheit der Anwohner, die Reinheit der landwirtschaftlichen Produkte und geschützte Fischarten gefährdet werden.

Das geplante Kohlekraftwerk ist überflüssig wie ein Kropf: der Strom wird keineswegs gebraucht:

- die AKWs Brunsbüttel und Krümmel stehen seit Jahren still, im Jahr 2007 waren zeitweise sogar 7 AKWs nicht betriebsbereit.
- der Kraftwerkspark in Deutschland ist allemal ausreichend, genügend Strom zu erzeugen – schon jetzt und auch ohne Atomkraftwerke
- der Zubau erneuerbarer Anlagen senkt die Jahresstunden, in denen das KohleKW überhaupt benötigt wird
- zum Ausregeln der schwankenden Stromproduktion aus den Erneuerbaren sind gerade KohleKW im Schwachlastbereich nicht geeignet: sie müssten abgeschaltet werden.
- CCS würde die Gestehungskosten des Kohlestroms nahezu verdoppeln; er wäre dann (auch gegenüber Windstrom) nicht mehr wettbewerbsfähig.

Die SWS beginnt nicht mit dem Bau, weil sie kein Geld hat. Noch immer fehlen ihr genügend Investoren, um auch nur einen der beiden Blöcke finanzieren zu können. Der größte Partner, die Repower aus Graubünden, hat gerade seinen Anteil um 30 % reduziert. Acht Stadtwerke versuchen, wieder aus dem Projekt auszusteigen, seit ihnen bewusst ist, dass sie den mit ihrem Geld produzierten Strom an der Börse kaufen müssen. Eine neue Rentabilitätsprüfung wird das Projekt endgültig beenden: Kohlekraftwerke sind nicht mehr wirtschaftlich.

Niemand weiß, wohin mit den jährlich entstehenden 10 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub> – und wie sehr sich der Widerstand in der Bevölkerung radikalisiert, wenn sie erkennt, dass CO<sub>2</sub> unter ihren Grundstücken eingepresst wird. Eines ist aber klar, die jetzige Landesregierung wird stürzen, wenn sie das CCS-Gesetz nicht verhindert.

i. A. Karsten Hinrichsen, Tel. 04829/7080